



Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)*

Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten: 2011

ECUADOR

Einwohner: 13.600.000

Hauptstadt: Quito

Ratifizierte IAO-Kernübereinkommen: 29 – 87 – 98 – 100 – 105 – 111 – 138 – 182

In der privaten Wirtschaft halten die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken der Unternehmen unverändert an. Es wurden Sanktionsmaßnahmen gegen Arbeitgeber wegen Verletzung der Arbeitnehmerrechte von Hausangestellten verhängt. Die Vereinten Nationen haben die Existenz von Kinderarbeit, Zwangsarbeit und anderer moderner Formen von Sklaverei sowie Drohungen und Übergriffe gegen Personen, die für Gewerkschaftsrechte eintreten, dokumentiert.

HINTERGRUND

Am 30. September 2010 unternahmen aufständische Polizeieinheiten einen Putschversuch, in dessen Verlauf der ecuadorianische Staatspräsident Rafael Correa angegriffen und für mehrere Stunden festgesetzt wurde. Auch Gewerkschaftsorganisationen hatten zu zahlreichen Protestaktionen gegen die von der Regierung Correa beschlossene Kürzung von Zulagen und anderen Vergünstigungen für Angehörige des öffentlichen Dienstes, darunter auch Polizeibeamte, aufgerufen.

Die Regierung Correa steht der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Sektor nach wie vor feindselig gegenüber. Die Arbeitskämpfe 2010 standen ganz im Zeichen des Protests gegen die Verabschiedung zweier Gesetze mit Verfassungsrang: das Gesetz zur Neuregelung von Unternehmen der öffentlichen Hand und das Gesetz zur Neuregelung des öffentlichen Dienstes. Über letzteres hatten die Arbeitnehmervertretungen des öffentlichen Dienstes und das ecuadorianische Parlament eine Einigung erzielt, die von der Regierung jedoch missachtet wurde. Dennoch hat die Regierung Correa auch einige arbeitsrechtliche Fortschritte auf den Weg gebracht und hat angekündigt, dass der Begriff der „menschenwürdigen Arbeit“ als zentrales Element Eingang in die Sozialpolitik finden soll.

GEWERKSCHAFTSRECHTE IN DER GESETZGEBUNG

Trotz der jüngsten Verbesserungen unterliegen Gewerkschaftsrechte immer noch übermäßigen Einschränkungen. Die Verfassung von 2008 verankert das Recht auf gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer, aber sie beschränkt diese Rechte für den öffentlichen Dienst, indem sie bestimmt, dass Staatsbedienstete sich nur von einer einzigen Organisation vertreten lassen können. Die Mitgliederzahl zur Gründung einer Gewerkschaft ist extrem

hoch und die Gewerkschaft verfügt in einem Unternehmen über keinerlei Befugnisse, wenn der Betriebsrat mehr Mitglieder hat als die Gewerkschaft. Darüber hinaus dürfen nur ecuadorianische Staatsbürger ein leitendes Amt in den Gewerkschaften übernehmen und die Verfassung beschränkt die Wiederwahl von Gewerkschaftsführern.

Außerdem dürfen, obwohl das Recht auf Tarifverhandlungen anerkannt ist, Minderheitsgewerkschaften keine Tarifverhandlungen führen. Die Beschäftigten, die unter das Verfassungsgesetz über den öffentlichen Dienst und die Verwaltungslaufbahn fallen, haben keine Tarifverhandlungsrechte. Tarifstreitigkeiten müssen auf alle Fälle an Schlichtungs- und Schiedsgerichte überwiesen werden.

Zwar garantiert die Verfassung das Streikrecht, aber in der privaten Wirtschaft kann ein Streik nur auf Betriebsebene ausgerufen werden. Sympathiestreiks und Boykottaktionen dürfen maximal drei Tage dauern. Außerdem sind alle Maßnahmen verboten, die bestimmte öffentliche Dienste lahm legen; Staatsbedienstete, die an solchen Aktivitäten teilnehmen, können entlassen werden. Das Gesetz sieht ebenfalls Gefängnisstrafen für Personen vor, die an illegalen Arbeitsniederlegungen oder Streiks teilnehmen.

PRAXIS

Arbeitgeberpraktiken verhindern gewerkschaftliche Organisation: Arbeitgeber fördern weiterhin die Bildung und die Aktivität von solidaristischen Vereinigungen. Hierbei handelt es sich um Arbeitnehmervereinigungen, deren Gründung den Zuwendungen des jeweiligen Arbeitgebers unterliegt. Sie werden in der Praxis benutzt, um die Bildung von wahrhaftigen Gewerkschaften zu verhindern bzw. die Tarifverhandlungen zu schwächen.

Kinderarbeit und Zwangsarbeit: Vom 25. Januar bis 1. Februar 2010 stattete die UN-Sonderberichterstatterin über zeitgenössische Formen der Sklaverei und deren Ursachen und Konsequenzen, die Anwältin Gulnara Shahinian, Ecuador einen Besuch ab. In ihrem Bericht wies die UN-Sonderberichterstatterin darauf hin, dass es in Ecuador Praktiken gibt, die durchaus mit Sklaverei vergleichbar sind und dass auch Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Formen von Leibeigenschaft vor allem bei der Arbeit auf den Bananen- und Blumenplantagen sowie bei der Produktion von Palmöl, beim Goldabbau und nicht zuletzt im informellen Sektor weit verbreitet sind. Besonders betroffen von diesen Praktiken sind die Afro-Ecuadorianer, also die Nachfahren ehemaliger afrikanischer Sklaven, die indigene Bevölkerung, Kinder aus armen Familien, Asylbewerber, Flüchtlinge und irreguläre Migranten bzw. solche, die sich in den Händen von Schlepperbanden befinden sowie im allgemeinen Frauen. Die UN-Sonderberichterstatterin begrüßte die Anstrengungen der ecuadorianischen Regierung, diesen Missständen Einhalt zu gebieten und zeigte sich zufrieden über das ernsthafte politische Engagement der Regierung im Hinblick auf diese Problematik.

RECHTSVERLETZUNGEN

Übergriffe gegen demonstrierende Arbeitnehmer/innen bei ERCO: Aufgrund von Verstößen gegen die Gewerkschaftsfreiheit im Jahr 2009 war das ecuadorianische Reifenunternehmen „Compañía Ecuatoriana del Caucho S.A.“ (ERCO) gerichtlich verurteilt worden, die damals von den Maßnahmen betroffenen Arbeitnehmer/innen wieder einzustellen und ihnen Entschädigungen zu zahlen. Das Unternehmen ignorierte jedoch diesen Gerichtsbeschluss, so dass im Juli 2010 schließlich 330 Beschäftigte, die dem Betriebsrat angehören, auf dem Firmengelände des Unternehmens in Cuenca (Provinz Azuay) demonstrierten. Einsatzkräfte der Nationalpolizei hinderten weitere Beschäftigte daran, das Firmengelände zu betreten und setzten Pfefferspray ein, um die Menge gewaltsam zu zerstreuen.

Interner Führungsstreit beim Gewerkschaftsdachverband CEOSL:

Der interne Führungsstreit beim Gewerkschaftsdachverband CEOSL (Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres) hatte zur Folge, dass es über einen Zeitraum von fast 14 Monaten zwei parallele Gewerkschaftsvorstände gab, die beide im Namen des CEOSL auftraten. 2010 ist ein Teil der Mitglieder des CEOSL gerichtlich gegen Beschlüsse vorgegangen, die der Nationale Wahlrat Ecuadors (CNE) im Hinblick auf eine geplante neue Satzung dieser Gewerkschaftsorganisation gefasst hatte, durch die u. a. auch der Wahlmodus für die Wahl der Vorstandsmitglieder geändert werden sollte.

Vor dem Hintergrund dieses Zerfalls des CEOSL in zwei Fraktionen und den damit einhergehenden internen Konflikten nahm am 27. Mai 2010 ein Teil der CEOSL-Mitglieder – insgesamt mehr als 800 Gewerkschaftsvertreter/innen aus allen Landesteilen, die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationen (Gewerkschaftsverbänden und Basisgewerkschaften) angehörten – an der konstituierenden Versammlung des neuen Gewerkschaftsdachverbandes CSE (Confederación Sindical del Ecuador) teil. Das ecuadorianische Arbeitsministerium nahm die Eintragung dieses neuen Dachverbandes vor.

Sanktionen wegen Verletzung der Arbeitnehmerrechte von Hausangestellten: Von März bis Juli 2010 fand eine Kampagne des ecuadorianischen Arbeitsministeriums zur Förderung und Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte von Hausangestellten statt. Durchgeführt wurde diese Kampagne in 28 Provinzen und vier Städten, wobei in der ersten Phase Gespräche mit insgesamt 46.820 Personen – darunter sowohl Arbeitgeber/innen als auch Arbeitnehmer/innen – geführt wurden. In einer zweiten Phase wurden dann 13.592 Kontrollen durchgeführt und 456 Fälle von Verstößen gegen die Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitnehmerrechte von Hausangestellten gemeldet.

** Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Brüssel wurde am 1. November 2006 gegründet und vertritt rund 170 Millionen Arbeitnehmer in 312 nationalen Mitgliedsorganisationen in 157 Ländern und Gebieten (Stand: Dezember 2008).*

Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter:

<http://survey.ituc-csi.org/Ecuador.html?lang=de#tabs-5>